

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marcel Luthé (FDP)

vom 12. April 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. April 2017) und **Antwort**

Hintergründe des Anschlags vom 19.12.2016 am Breitscheidplatz XXXVII

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Vorkehrungen waren von Seiten der Senatsverwaltung für Justiz vor dem Anschlag getroffen worden, um den Schutz der Bevölkerung vor islamistischen Gefährdern auch mit Mitteln des Aufenthaltsrechts zu gewährleisten?

Zu 1.: Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ist für das Aufenthaltsrecht und aufenthaltsrechtliche Maßnahmen nicht zuständig.

Berlin, den 24. April 2017

In Vertretung

M. Gerlach
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Mai. 2017)